

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 06 86 846 ppbn d

Inhalt

Karsten D. Voigt MdB,
Vorsitzender des Arbeits-
kreises Außenpolitik der
SPD-Bundestagsfraktion,
nennt ein außenpoliti-
sches Zusammengehen der
FDP mit der Union Verrat
an der Friedenspolitik.
Seite 1

Dieter Auch MdB warnt
davor, das Humanisie-
rungsprogramm der Bun-
desregierung einzu-
schränken.
Seite 4

Karl-Heinz Klejdzinski
MdB zweifelt an der
friedenssichernden Rol-
le von Gefechtsfeldwaf-
fen in Europa.
Seite 6

37. Jahrgang / 175

16. September 1982

Ohne Tritt marsch!

Die außenpolitischen Konsequenzen einer Regierungsüber-
nahme durch die CDU in Hessen

Von Karsten D. Voigt MdB
Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik
der SPD-Bundestagsfraktion

Mit einer Regierungsübernahme durch die CDU in Hessen würden
die CDU/CSU geführten Bundesländer eine zwei Drittel Mehr-
heit im Bundesrat erlangen.

Dies würde eine Blockade auch der zustimmungsfreien Bundes-
gesetze ermöglichen, da ein mit zwei Drittel Mehrheit des
Bundesrates eingelegter Einspruch mit der gleichen Mehrheit
des Bundestages zurückgewiesen werden müßte.

Damit könnten von der CDU und CSU geführte Bundesländer
wichtige außenpolitische Vertragsgesetze, seien es multi-
laterale Verträge oder bilaterale Verträge, die eines Rati-
fikationsgesetzes bedürfen, blockieren.

Damit würde Alfred Dregger im Sinne seiner konservativen Auf-
fassungen zur Außen-, Sicherheits- und Entspannungspolitik
auf die Bundesregierung Druck ausüben können.

Dies beinhaltet die Gefahr der Verstärkung gegebener Span-
nungen, eine Absage an die Fortführung einer konsequenten
Entspannungspolitik, eine unkritische Übernahme der Politik
der Reagan-Administration und damit das Risiko eines schritt-
weisen Abgleitens in den Kalten Krieg.

- Die CDU/CSU redet seit längerem vom Ende der Entspannungs-
politik beziehungsweise von der Illusion der Entspannungs-
politik. Nach Alfred Dregger (vom 10. Januar 1982 - SDR)
ist die Verstimmung im deutsch-amerikanischen Verhältnis
eine Nachwirkung der deutschen Ostpolitik. Alfred Dregger
am 7. Januar 1982 im "Express": "Die Bundesrepublik
Deutschland droht aus dem bevorzugten Verbündeten der USA
zunächst zu einem Unsicherheitsfaktor im Bündnis und
schließlich zu seinem Vorfeld zu werden, das immer mehr
unter den Einfluß der Sowjetunion gerät."

- Die Ost-Vertragspolitik wird mehr als ein Übel und nicht
als eine friedenspolitische Chance und historische Aufgabe
angesehen. Bis heute gibt es kein vorbehaltloses Bekenntnis



zur Vertragspolitik in Wort und Tat. Dregger unterstützt die Formel vom wirtschaftlichen Druck auf die Sowjetunion. Am 15. November 1981 im Deutschlandfunk: "Die Sowjetunion ist zwar militärisch dem Westen zur Zeit überlegen, aber ökonomisch befindet sie sich in einer sehr schlechten Verfassung... Ich finde, wir müssen nur das ökonomische Potential nutzen, um im Gespräch auch unsere politischen Interessen wirksam werden zu lassen."

- Militanter Anti-Kommunismus und die Kultivierung deutschnationaler Traditionselemente mit global- und geopolitischen Komponenten würden Leitdoktrinen einer von Alfred Dregger und der CDU/CSU geprägten Außenpolitik. Aus Anti-Kommunismus würde auch eine unkritische Partnerschaft zu den USA ohne ausreichende Wahrung der eigenen Interessen gefordert. Alfred Dregger am 8. April 1981 im CDU/CSU-Pressedienst: "Die NATO muß nachrüsten, weil die Sowjetunion vorgerüstet hat... Trifft der Ausdehnungsdrang und die Hoohrüstung der einen Seite auf die Abrüstung und den Pazifismus der anderen, dann geht der Frieden verloren... Auch die Parole 'Lieber rot als tot' ist töricht. Machen wir sie uns zu eigen, dann wird daraus ein 'Erst rot dann tot'."

Dregger am 5. Februar 1981 im "Express": "... Und Reagan hat keine Scheu, schonungslos hinzuzufügen, daß diese sowjetischen Politiker bei der Durchsetzung ihrer Ziele als moralische Norm nur das anerkennen, was ihrem Streben diene, wobei sie sich das Recht vorbehalten, 'jegliches Verbrechen zu begehen, zu lügen, zu betrügen'. Dies alles müsse man sich jetzt vor Augen halten, wenn man sich mit den Sowjets auf Verhandlungen einlasse. Selten hat ein Regierungsvertreter des Westens die Ziele und Methoden sowjetischer Außenpolitik schonungsloser aufgedeckt als US-Präsident Reagan..."

Dregger am 12. April 1981 im Deutschlandfunk: "...Aber wir sollten froh sein, daß Amerika wieder eine Regierung besitzt, die regiert und die entschlossen ist, das in den 70er Jahren verlorengegangene militärische Gleichgewicht wiederherzustellen."

- Die Menschenrechtsfrage würde einseitig nur als Vehikel zur Wiederbelebung des Kalten Krieges angesehen werden, während Militärdiktaturen als vertrauens- und unterstützungswürdige Partner hingestellt werden.

Alfred Dregger am 20. August 1979 im CDU/CSU-Pressedienst: "Chile wurde durch Allende ins Unglück gestürzt... Die marxistischen Kräfte haben ein Chaos verursacht und damit die Voraussetzungen für das Eingreifen des Militärs geschaffen... Während des Umsturzes und auch noch einige Zeit danach hat es Menschenrechtsverletzungen gegeben, wenn sie auch in Chile nie das Ausmaß erreicht haben, das unter kommunistischen und faschistischen Regimen üblich ist..."

- Alfred Dregger würde wahrscheinlich für eine Ausweitung des NATO-Verteidigungsbereichs plädieren, wodurch die Gefahr des Hineinziehens der Bundesrepublik in Konflikte anderer Regionen gegeben wäre.

Alfred Dregger am 10. Januar 1980 in der "Berliner Morgenpost": "Man kann daran denken, den Verantwortungsbereich der NATO auf den Südatlantik und auf Teile oder den ganzen indischen Ozean auszudehnen. Man kann auch daran denken, daß einige NATO-Staaten zusammen mit Amerika hier eine gemeinsame Verantwortung übernehmen."



- Die CDU hat nichts gegen die weitere Stationierung von Vernichtungswaffen auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland, wie der Neutronenwaffe.

Alfred Dregger am 15. Februar 1981 im Süddeutschen Rundfunk: "... Diese Neutronenwaffe ist geeignet, die sowjetische Panzerüberlegenheit zu eliminieren... Es wäre also im Grunde nicht Aufgabe der Amerikaner, uns diese Waffe anzubieten, sondern es wäre unsere Aufgabe, in unserem eigenen Interesse darauf zu drängen, daß die Amerikaner diese Waffe zur Verfügung stellen..."

Eine Regierungsübernahme durch die Union in Hessen bedeutet eine Stärkung der konservativen und reaktionären Kräfte, deren verstärkter Einfluß auf die Außen-, Sicherheits- und Abrüstungspolitik die friedenspolitische Stabilität, die die erfolgreiche Entspannungspolitik der sozialliberalen Koalition in Bonn gefördert hat, erneut gefährden würde. Die CDU/CSU hat nach wie vor inhaltlich noch kein konstruktives Verhältnis zur sozialliberalen Friedens-, Entspannungs- und Abrüstungspolitik gefunden.

Unter einer CDU/CSU-geführten Regierung würden die Ostverträge nicht mit Leben erfüllt, sondern im besten Falle verwaltet werden. Im schlimmsten Fall droht der Geist der Verständigung, mit dem die Ostverträge ermöglicht wurden, erstickt und durch den Ungeist der Konfrontation abgelöst zu werden. Solange die CDU/CSU neben einem "pacta sunt servanda" noch nicht zu einer inneren Bejahung der friedens-, abrüstungs- und entspannungspolitischen Konzeption der sozialliberalen Koalition seit 1969 gefunden hat, müßte in einer Koalition der FDP mit der CDU/CSU in Wiesbaden oder auch in Bonn ein Verrat an den gemeinsamen Erfolgen und Konzeptionen sozialliberaler Friedens-, Abrüstungs- und Entspannungspolitik seit 1969 gesehen werden.

(-/15.9.1982/h1/va)

+ + +



Hände weg vom "Humanisierungsprogramm"

Gesteigerte Hilfen für die mittelständische Wirtschaft

Von Dieter Auch MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Forschung und Technologie

Ginge es nach der CDU/CSU, dann sollte das Forschungsprogramm "Humanisierung des Arbeitslebens" lieber heute als morgen wieder eingestampft werden. Da ist von einer angeblichen "Systemveränderung auf Staatskosten" die Rede, es wird in diesem Zusammenhang die "wahllose Vergabe der Mittel" moniert und schließlich werden die "Untersuchungsergebnisse zu wenig umgesetzt".

Nun soll die Bundesregierung aufgrund eines Entschließungsantrages der Opposition im Deutschen Bundestag bis zum Jahresende einen Bericht über den aktuellen Stand der Humanisierungsforschung vorlegen und Vorschläge unterbreiten, wie angeblichen Schwierigkeiten beim Übertragen der Ergebnisse in die Praxis beizukommen sei. Aus all der Kritik und Mörgelei der Unionsparteien läßt sich unschwer erkennen:

Der Opposition paßt die ganze Richtung nicht. Sie steht mit ihrer Haltung jedoch so ziemlich alleine. Bereits bei der öffentlichen Anhörung im Frühjahr dieses Jahres im Forschungsausschuß des Bundestages sprachen sich sehr zum Verdruß der Union fast alle Sachverständigen dafür aus, das Humanisierungsprogramm in seiner bisherigen Form weiterzuführen.

Es ist deshalb in diesem Zusammenhang auch die Behauptung zurückzuweisen, das Humanisierungsprogramm sei zu großzügig mit Haushaltsmitteln ausgestattet. Im Zuge der Sparmaßnahmen könnte auch die Finanzplanung für das HdA-Programm ebenso wenig wie beispielsweise das Energieforschungsprogramm von Kürzungen ausgeklammert werden. Zu begrüßen ist jedoch, daß die von der Bundesregierung am 7. Juli dieses Jahres beschlossene Finanzplanung noch immer wachsende Ausgaben für das HdA-Programm vorsieht. Mit einem jährlichen Mittelvolumen von über 118 Millionen DM hat das Programm einen Umfang erreicht, der es bei sorgfältiger Auswahl erlaubt, viele wichtige Vorhaben zu verwirklichen und auch neue Vorhaben aufzugreifen. Damit kann angesichts der heutigen Rahmenbedingungen (Sparzwang und Personalknappheit) eine langfristige Förderung des Programms auf hohem Niveau gesichert werden.

Es ist darüber hinaus zu begrüßen, daß die Bundesregierung im Rahmen des Programms am bisherigen Grundsatz festhält, daß der erhöhte Schutz der Gesundheit der Arbeitnehmer weiterhin hohe Förderpriorität besitzt. Denn schließlich sind 100 Milliarden DM volkswirtschaftlicher Kosten, die durch Frühinvalidität entstehen und das damit verbundene Leid für alle die Betroffenen und ihre Familien ein Problem. Ein Problem, das nicht als Nebensächlichkei abgetan werden kann. Unabhängig vom Alter der jeweiligen eingesetzten Produktionstechniken müssen gesundheitsgefährdende Belastungen abgebaut werden.

Zugleich muß jedoch noch stärker als in der Vergangenheit darauf geachtet werden, daß möglichst nahe am Zeitpunkt der Markteinführung von neuen Technologien am praktischen Modellfall aufgezeigt wird, wie der betriebliche Einsatz solcher neuer Technologien ausgestaltet werden muß, damit eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen erreicht und Verschlechterungen vermieden werden. Der vorbeugende Charakter des Programms muß mittelfristig noch stärker an die Stelle des Reparaturbetriebs treten. Technische Entwicklungen dürfen auch in Zukunft im Rahmen des Programms "Forschung zur Humanisierung des Arbeitslebens" nur dann gefördert werden, wenn sie unmittelbar zur Erreichung der Ziele des Programms beitragen.



Eine besondere Erwähnung verdient die Tatsache, daß das Humanisierungsprogramm vornehmlich auch mittleren und kleineren Betrieben zugute kommt. Während noch zu Beginn des Programms im Jahre 1974 die Antragsteller aus dem Bereich der gewerblichen Wirtschaft fast ausschließlich Großunternehmen waren, hat sich dies im Ablauf des Programms wesentlich verändert. Nach dem Stand vom 31. Dezember 1980 haben kleine und mittlere Unternehmen 35 Prozent der insgesamt seit 1974 im Programm "Humanisierung des Arbeitslebens" bewilligten Vorhaben und 24 Prozent der 1974 bewilligten Mittel in Anspruch nehmen können. Hier kommt auch zum Tragen, daß im Hinblick auf eine intensivere Beteiligung von kleinen und mittleren Unternehmen die Organisationsform des Branchenprojekts entwickelt worden ist. Diese Organisationsform, die in den Fällen Bekleidungsindustrie, Hotel- und Gaststättengewerbe sowie Tischlerhandwerk gewählt wurde, hat sich insgesamt bewährt.

Überhaupt ist festzustellen, daß die staatliche Forschungspolitik in gesteigertem Umfang den Bedürfnissen kleinerer und mittlerer Unternehmen gerecht wird. Ganz im Gegensatz zu dem Eindruck, den die CDU/CSU in der Öffentlichkeit erzeugen möchte, sind von 1970 - entgegen der früher von der Opposition betriebenen Forschungspolitik - bis einschließlich 1981 vom Bund rund 3,3 Milliarden DM für die Förderung von ziviler Forschung und Entwicklung an kleine und mittlere Unternehmen geflossen. Davon wurden über 2,4 Milliarden DM in den Jahren 1978 bis 1981, das heißt nach der Einführung des forschungs- und technologie-politischen Gesamtkonzepts der Bundesregierung für kleine und mittlere Unternehmen aufgewandt.

In diesem Zusammenhang ist insbesondere auf das Sonderprogramm "Anwendung der Mikroelektronik" hinzuweisen, das über eine indirekt-spezifische Förderung vornehmlich kleinen und mittleren Unternehmen im Rahmen von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben ermöglichen soll, die zur Anwendung der Mikroelektronik erforderlichen Kenntnisse zu erarbeiten und Entwicklungskapazitäten aufzubauen oder zu erweitern. Für den Zeitraum 1982 bis 1984 sind dafür insgesamt 450 Millionen DM an Fördermitteln vorgesehen. Die speziellen Fördermaßnahmen für kleine und mittlere Unternehmen haben bewirkt, daß der Anteil der kleinen und mittleren Unternehmen an den insgesamt in die Wirtschaft geflossenen staatlichen Mitteln für zivile Forschung und Entwicklung von gut elf Prozent im Jahre 1977 auf 25 Prozent im Jahre 1981 gestiegen ist.

So bleibt schließlich festzuhalten: Die Unionsparteien wären gut beraten, ihre nörglerische Kritik an der Forschungspolitik der Bundesregierung im allgemeinen und am Humanisierungsprogramm im besonderen aufzugeben. Sie sollten vielmehr die Bemühungen unterstützen, die Arbeit menschlicher zu gestalten. Nicht zuletzt würden CDU/CSU aber erst durch ihr Umdenken den Beweis erbringen, daß es ihnen tatsächlich um die Interessen der kleineren und mittleren Betriebe geht.

(-/15.9.1982/h1/va)

+ + +



Revisionsbedürftige Konzeption

**Welchen Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa können heute noch
Gefechtsfeldwaffen leisten?**

Von Karl Heinz Klejdzinski MdB

Mitglied der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion

Eine Strategie, die in vergangenen Zeiten sicherlich gute Dienste leistete, muß in einer Zeit, in der sich die Zielgenauigkeit der Raketen ständig - bis zu einer ziemlich hohen Wahrscheinlichkeit, harte Ziele zu vernichten, den neuen Realitäten und Erfordernissen angepaßt werden.

Als Kriegsverhinderungsstrategie muß sie so angelegt sein, mögliche Gegner frühzeitig davon zu überzeugen, daß auf jeder Ebene der Aggression, die sie als geeignet einschätzen, ihnen so entgegnet wird, daß ein plausibler Ausgang zu ihren Gunsten nicht zu erwarten ist.

Diese Annahme muß zulassen, auf einen begrenzten Angriff - der selbstverständlich nicht immer als begrenzter Angriff erkannt werden kann - anders zu reagieren als mit automatischer, sofortiger, massiver Vergeltung.

Unser massives Interesse für unsere Sicherheitspolitik muß sein, wenn wir schon die atomaren Waffen in der Welt nicht abschaffen können - die atomare Schwelle so hoch wie möglich anzusetzen. Tatsächlich sind meiner Einschätzung nach atomare Gefechtsfeldwaffen oder nukleare Kurzstreckenwaffen größere Risiken in bezug auf die Möglichkeit begrenzter Nuklearkriege, und deshalb muß die Frage gestellt werden, ob atomare Gefechtsfeldwaffen auf unserem Gebiet überhaupt notwendig sind.

Mit den folgenden Fragen soll versucht werden, zu prüfen, ob gegenwärtig dieses durch atomare Gefechtsfeldwaffen erreicht wird. Bevor die Frage beantwortet werden kann, ob atomare Gefechtsfeldwaffen heute noch notwendig sind, ist folgendes zu prüfen:

- o Sind atomare Gefechtsfeldwaffen notwendig, um das Prinzip der Abschreckung aufrechtzuerhalten?
- o Bedeutet eine atomaffenfreie Zone für den Bereich atomarer Gefechtsfeldwaffen eine Schwächung der Verteidigungsfähigkeit?
- o Sind atomare Gefechtsfeldwaffen nicht eigentlich eine Mitursache für das Senken der atomaren Schwelle und so indirekt destabilisierend?

Die aufgeworfenen Problemkreise sollen dabei im Zusammenhang mit den gültigen NATO-Strategien untersucht werden. Dabei soll belegt werden,

- a/ daß die flexible Verteidigungsfähigkeit durch Bindung von militärischem Potential im A-Waffen-Bereich eher geschmälert als gesteigert wird,
- b/ mögliche Konflikte mit einem höllischen Inferno als bedrohungsgerecht anzusehen, keine Lösung ist.



Wesentliche Träger von atomaren Gefechtsfeldwaffen sind:

- Rohrmaschinen,
- Flugzeuge, die in der Strike-Rolle (Fighter- Bomber-Strike) der NATO assigniert sind.
- Raketenträger im Kurzstreckenbereich.

Ein entscheidender und für uns in der Bundesrepublik Deutschland sinnvoller und der Bevölkerung vermittelbarer konzeptioneller Grundsatz ist die NATO-Strategie der "Flexiblen Reaktion", nämlich die Vorverteidigung, das heißt einen Aggressor frühzeitig, bei möglichst geringem Raumverlust abzuwehren, Schäden für Bevölkerung und Infrastruktur auf ein Minimum zu begrenzen.

Diese Zielkonzeption bedeutet, die Verteidigung unverzüglich, mit einem Höchstmaß an Kampfkraft grenznah und im Waffenverbund aufzunehmen.

Die geostrategische Lage der Bundesrepublik, nämlich rund 230 Kilometer aus dem Raume Kassel über den Rhein hinaus, 50 Kilometer im Raume Hamburg, ausgehend von der angenommenen Bedrohungslinie der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, erfordert bei der Planung von Verteidigungsoperationen eine Flexibilität, denn selbst relativ geringe Verluste unseres Raumes gefährden bereits ernsthaft, was geschützt und erhalten werden soll.

Verteidigungsanstrengungen können nur glaubhaft belegt werden, wenn diejenigen, die die Verteidigungslasten ertragen und aufbringen müssen, die Möglichkeiten kennen, ihre unmittelbare Umgebung zu schützen. Verteidigungsanstrengungen wie dargestellt, können kaum atomar von Rohrmaschinen und Raketenträgern für Kurzstrecken glaubhaft unterstützt werden, so daß alle atomaren Gefechtsfeldwaffen im Kurzstreckenbereich eigentlich "obsolet" sind.

Wegen der begrenzten Reichweite der Rohrmaschinen und Kurzstreckenraketen möchte ich mich in erster Linie mit den in der Strike-Rolle eingesetzten Flugzeugen auseinandersetzen und versuchen, aufzuzeigen, wie sehr letztlich sie selbst in dieser Rolle zur Destabilisierung beitragen.

Die Luftstreitkräfte des Bündnisses haben folgende Aufgaben:

- o Unmittelbare Unterstützung der Landstreitkräfte.
- o Das Heranführen frischer Kräfte durch Abriegelung in der Tiefe des feindlichen Raumes zu verhindern oder zumindest zu verzögern.
- o Luftstreitkräfte am Boden und in der Luft zu bekämpfen.
- o Durch Luftaufklärung zur Lagebeurteilung beizutragen und eine gezielte Operationsführung zu ermöglichen.

Das Waffensystem Tornado bietet für diese Aufgaben eine Plattform, die gegenwärtig wenig vergleichbares hat. Die atomaren Alarmroten dürfen nur auf Befehl des Präsidenten der USA eingesetzt werden, insofern muß davon ausgegangen werden, daß militärisches Potential unmittelbar und mittelbar lange ungenutzt gebunden bleiben muß.



- Die atomaren Gefechtsfeldwaffen sind vor Jahren produziert worden (Alter rund 22 Jahre). Angestrebte Zielgenauigkeit mußte zwangsläufig durch überdimensionierten Waffenwirkungsbereich abgedeckt werden.
- Ein wichtiges Ziel, wie beispielsweise eine Bereitstellungskaserne, Flugplätze und so weiter, kann heute erfolgreich mit dem Waffensystem Tornado konventionell effektiv bekämpft werden.
- Die angenommene bisherige Abdeckung durch atomare Zielabdeckung durch F 104 G in der Strike-Rolle mit angenommener Sprengkraft von mehreren kt ist überdimensioniert. Die ehemalige Notwendigkeit ist heute nicht mehr gegeben.

Welche Schlußfolgerungen ergeben sich aus dem Dargelegten:

- o Die FBS (Fighter- Bomber- Strike), ursprünglich angelegt, um die Abschreckungskraft zu erhöhen, fehlen in den ersten Kampf Tagen oder zumindest so lange, wie sie nicht für eine atomare Rolle eingesetzt werden.
- o Die in der "Strike-Rolle" vorgehaltenen Flugzeuge fehlen für die in den ersten Kampf Tagen erwünschte Abwehrkraft und Gegenschlagkapazität.
- o Ihr Fehlen für die konventionelle Reaktion ermöglicht ein Vordringen des Gegners und produziert, weil der Gegner erhebliche Raumgewinne hat, ihren atomaren Einsatz.
- o Eine kurzfristige Umrüstung und nach konventioneller Nutzung erneute Bereitstellung für die "Strike-Rolle" mag sich theoretisch anbieten, ist jedoch kaum praxisgerecht.
- o Die atomaren Gefechtsfeldwaffendepots bedürfen eines besonderen Schutzes, der zudem sehr personalintensiv ist.
- o Sie erfordern eigene Kommunikationsnetze.
- o Sie sind bevorzugte Ziele eines möglichen gegnerischen Angriffs.
- o Sie tragen so erheblich zur Absenkung der atomaren Einsatzschwelle bei.

Aus den bisherigen Darlegungen kann geschlossen werden, daß erhebliches militärisches Potential und zwar qualitativ hochwertiges, für die Strike-Rolle vorgehalten werden muß, deren Quantifizierung aus sicherheitsrelevanten Überlegungen möglicherweise nicht offengelegt werden kann.

Die Genfer Verhandlungen laufen. Die atomaren Gefechtsfeldwaffen könnten ein Verhandlungsobjekt sein, um zur Stabilisierung einer Sicherheits-Partnerschaft beizutragen. Selbstverständlich muß erwartet werden, daß die UdSSR zur Stabilisierung einer Sicherheits-Partnerschaft auch einen wesentlichen Beitrag leistet. Die vor Jahren sicherlich richtige Konzeption ist revisionsbedürftig. Wir Sozialdemokraten sollten die Diskussion führen, ohne uns in die Ecke drängen zu lassen, wir würden die Verteidigungsfähigkeit erheblich schwächen. Das Gegenteil ist der Fall. (-/15.9.1982/ks/va)

+ + +

